

Pressemitteilung



18.11.2010

Gesetze arbeitsgerecht gestalten - Nein zur "Genderung"

Die Liberale Hochschulgruppe (LHG) fordert mit der Novellierung des Landeshochschulgesetzes (LHG M-V) auch eine sprachliche Überarbeitung des Gesetzes. So sollen doppelten Formulierungen, um jeweils beide Geschlechter zu nennen, gestrichen und durch die Nennung von einem Geschlecht ersetzt werden.

Patrick KAATZ, Vorsitzender der Liberalen Hochschulgruppe, dazu: "Ein Gesetz ist das Werkzeug eines Juristen. Überflüssige Wendungen erschweren, insbesondere für Laien, den Umgang mit dem Gesetzestext. Wir verzieren doch auch nicht die Werkzeuge eines Zimmermannes."

Um den Gleichberechtigungsgedanken nicht völlig aus dem Gesetz zu verbannen, erweitert die LHG ihre Forderung. KAATZ dazu: "Zu Beginn eines des Gesetzes wird dem Leser mitgeteilt, dass die gewählte Form alle Geschlechter umfasst. So werden die Geschlechter gleichberechtigt, aber der Gesetzestext wird in seiner Funktionsweise nicht gemindert."

Grundsätzlich steht die LHG einem vorgeschriebenen "Gendern" (Verwendung von jeweils beiden Geschlechtern beim Schreiben oder Sprechen) ablehnend gegenüber. KAATZ: "Ein solch massiver Eingriff in die menschliche Individualität erinnert an das "Neusprech" in George Orwells "1984". Auch dort wurde mittels Sprache versucht, Ideologie in den Menschen zu verankern. Eine solche Beeinflussung wird durch Liberale nicht toleriert werden."

Den Antrag der Liberalen Hochschulgruppe (in der Begründung auch mit einigen Standardbeispielen) finden sie im Anhang an diese E-Mail.

LHG Greifswald

Patrick J. Kaatz
Postfach 33 64
17463 Greifswald

Vorsitzender der LHG
E-Mail: patrick.kaatz@julius-svp.de
Internet: www.lhg-greifswald.de